

Reinhardt Meyer
Peter Frey
Hebert Schlüter

Vorschlag für Abschlusserklärung Solidaritätskreis „Kampf um jeden Arbeitsplatz bei Vogt-electronic Witten

Unter der Parole „Kein einziger Arbeitsplatz wird aufgegeben“ demonstrierten am Samstag, 25. Oktober 2003, rund 800 Menschen - vor allem Vogt-Kollegen - gegen die Pläne, nahezu die Hälfte der Belegschaft zu entlassen. Das war eine der größten Demonstrationen in den letzten 10 Jahren in Witten, obwohl sie erst einen Tag vorher von der Belegschaft beschlossen wurde. Nach der Kundgebung und Demonstration gründeten 38 Personen am selben Tag den Solidaritätskreis „Kampf um jeden Arbeitsplatz bei Vogt- electronic Witten“.

Eine wichtige Auseinandersetzung unter der Belegschaft und auch in der Bevölkerung von Witten ist die Frage, ob es möglich ist, erfolgreich um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen, oder mit Verzicht der Belegschaft oder Wechsel in eine Transfergesellschaft Arbeitsplätze erhalten zu wollen. In unserer Nachbarstadt Hattingen stehen wie überall in Deutschland die Menschen vor der gleichen Frage. Dort soll das Werk von Kone Rolltreppen aufgegeben werden. Alleine in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden in Deutschland 175.000 Arbeitsplätze vernichtet. Arbeitsplätze können nur auf Kosten der Unternehmerrgewinne erhalten werden. Im Interesse unserer Jugend stellen wir fest:

Kein Arbeitsplatz darf kampflös aufgegeben werden. Das wichtigste Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zum Erhalt der vorhandenen ist die sofortige Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

Die Vernichtung der Arbeitsplätze bei Vogt electronic konnte zwar nicht verhindert werden, dennoch war es eine richtige Entscheidung am Kampf um jeden Arbeitsplatz festzuhalten. Es war ein Signal für die Beschäftigten des ganzen SIEMENS-Konzerns und darüber hinaus. Mit der fristlosen Entlassung von 7 sogenannten „Rädelsführern“ durch die Geschäftsleitung von Vogt electronic bekam die Auseinandersetzung bundesweite politische Bedeutung. Es war ein bis dahin in der BRD beispielloser Vorgang der politischen Maßregelung von Menschen, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Diese Einschüchterung und die Verbreitung der Behauptung, Vogt electronic sei zu späterem Zeitpunkt nicht mehr zahlungsfähig, bewog etliche Beschäftigte, mit einer Abfindung aus dem Werk auszuscheiden.

Rund 18 Monate nach Beginn der Auseinandersetzung ziehen wir folgende Schlussfolgerungen.

1.

Der Solidaritätskreis arbeitete auf überparteilicher Grundlage und finanzierte sich durch Spenden aus der Bevölkerung. Er unterstützte erfolgreich den Kampf der Belegschaft von Vogt electronic um ihre Arbeitsplätze. Der Solikreis informierte die Bevölkerung und auf den regelmäßigen Treffen fand ein lebendiger Erfahrungsaustausch und gegenseitige Beratung statt.

2.

Der Kampf um die Arbeitsplätze erfordert viel Stehvermögen und muss mit Unterstützung anderer Belegschaften der Umgebung, sowie konzernweit geführt

werden. **Für diese Auseinandersetzung brauchen wir ein allseitiges, vollständiges und gesetzliches Streikrecht in Deutschland.**

3.

Jede Belegschaft, die um ihre Arbeitsplätze kämpfen will, sollte gleich zu Beginn die Solidarität in der Bevölkerung organisieren. Dazu ist die Gründung eines Solidaritätskreises das geeignete Mittel.

4.

Mit Kündigungsschutzklagen können Massenentlassungen nicht verhindert werden. Dennoch war es richtig, dass etliche Mitarbeiter auch vor Gericht nicht aufgaben. Alle Kündigungsschutzklagen waren bisher erfolgreich.

5.

Der Solidaritätskreis beschloss auf seinem letzten Treffen, das noch in der Spendenkasse vorhandene Geld in Höhe von xxxEuro ausschließlich zur Unterstützung von Belegschaften zu verwenden, die selbständig um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Dazu wurden drei Kollegen als Bevollmächtigte gewählt, die jeweils einstimmig über eine konkrete Unterstützung entscheiden sollen. Wenn Belegschaften durch Spenden unterstützt werden, muss dies auch der Presse mitgeteilt werden.

6.

**Das wichtigste Fazit aus den letzten 18 Monaten ist:
Nur wer kämpft, kann gewinnen und sich einer breiten Unterstützung aus der Bevölkerung sicher sein.**